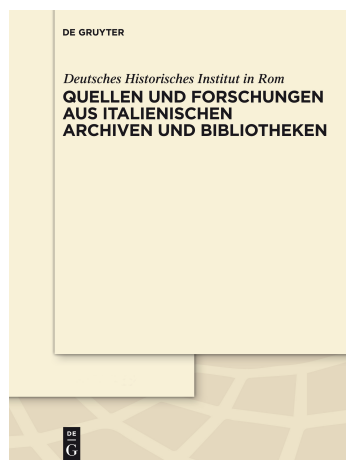


Format de citation

Wörsdörfer, Rolf : recension de : Marina Cattaruzza, L'Italia e la questione adriatica. Dibattiti parlamentari e panorama internazionale (1918-1926), Bologna : Il Mulino, 2014, dans : Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken, 96 (2016), p. 648-649, DOI: <https://doi.org/10.1515/qfiab-2016-0027>



copyright

Cet article peut être téléchargé et/ou imprimé à des fins privées. Toute autre reproduction ou représentation, intégrale ou substantielle de son contenu, doit faire l'objet d'une autorisation (§§ 44a-63a UrhG / German Copyright Act).

er Kardinal wurde, geführt. Auch im Konklave setzte sich mit Montini die Gruppe der Modernen gegen die Traditionalisten durch. Schwer tut sich De Giorgi jedoch, die Enzyklika *Humanae vitae* von 1968 wirklich mit Moderne zusammenzubringen. Dass Paul VI. sich hier über ein Zwei-Drittel-Votum der von ihm eingesetzten Kommission hinwegsetzte und im Grunde einem Einzelvotum folgte, hätte deutlicher herausgearbeitet werden müssen. Der Gegensatz, der sich hier zu Kardinal Döpfner, einem der Moderatoren des Konzils auftat, lässt die These vom Papst der Moderne zumindest fragwürdig erscheinen. Problematisch erscheint auch der Versuch, mit Paul VI. eine neue Epoche der Kirchengeschichte beginnen zu lassen, in der seither alle einflussreichen Männer der Kirche zu „Montinianern“ gemacht werden. De Giorgi hat eine gut lesbare, voller Sympathie geschriebene Biographie Pauls VI. vorgelegt. Die Grundidee, dass Paul VI. sich als erster Papst wirklich von der Moderne „betreffen“ ließ, ist im Grunde überzeugend. Auch die daraus resultierende Veränderung seiner Spiritualität vom Ekklesiozentrismus zu Christozentrismus erscheint plausibel. Aber die Arbeit leidet für die Zeit im Staatssekretariat unter Pius XII. und den Pontifikat unter dem üblichen Quellenmangel, weil die Vatikanischen Archive noch verschlossen sind. Paul VI. war der Papst der Moderne, aber nicht wirklich ein moderner Papst. Rechts- und Linksmontinianer sind kaum hinreichende Erklärungskategorien für die Kirchengeschichte seit 1978. Hier ist die Verehrung, die De Giorgi Paul VI. entgegenbringt, mit dem Autor durchgegangen. Aber bringen nicht manchmal steile Thesen, auch wenn sie auf Ablehnung stoßen sollten, die Forschung am Ende wirklich weiter?

Hubert Wolf

Marina Cattaruzza, *L'Italia e la questione adriatica. Dibattiti parlamentari e panorama internazionale (1918–1926)*, Bologna (Il Mulino) 2014 (*Dibattiti storici in Parlamento* 4), 592 S., ISBN 978-88-15-24708-7, € 35.

Die Geschichte des geeinten Italiens wurde in der Vergangenheit oft auch entlang einiger sogenannter „Fragen“ diskutiert: Neben die „Südfrage“ oder die „moralische Frage“, die bereits vor 1914 die Öffentlichkeit des liberalen Königreichs beschäftigten, trat im Ersten Weltkrieg eine neue „Adriatische Frage“. Der Terminus galt einem Themenfeld, das den im April 1915 unterzeichneten Londoner Vertrag, der Italien mit der Entente ebenso einschloss wie die Krise der Habsburgermonarchie und den Aufschwung der südslawischen Nationalbewegung. Letztlich handelte es sich vor allem um die Festlegung der Grenzen zwischen Italien und dem neu entstandenen südslawischen Königreich. Doch spielte auch der Status des vormals ungarischen *Corpus separatum* Fiume eine große Rolle. Die „Adriafrage“ steht auch im Zentrum des jetzt vorliegenden vierten Bd. einer vom Historischen Archiv des Senats in Rom hg. Reihe mit dem Titel „Dibattiti storici in Parlamento“. Marina Cattaruzzas instruktive Einführung reicht von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis zur antijugoslawischen Wende in der Außenpolitik des faschistischen Regimes 1926, mit einigen Rückblen-

den auf den Londoner Vertrag und die italienisch-jugoslawischen Kontakte in den letzten Kriegsmonaten. Der Beitrag hält sich also exakt an das, was der Titel verspricht. Anders als der Titel nahelegt, sind im dokumentarischen Teil vor allem die Diskussionen der Abgeordnetenkommission und des Senats für den Zeitraum vom 29. April 1919 bis zum 17. Dezember 1920 erfasst. Für die darauf folgenden Jahre wird man sich weiterhin an die stenographischen Protokolle der Parlamentssitzungen und an die „Documenti Diplomatici Italiani“ (DDI) halten müssen. Während die veröffentlichten Dokumente vor allem um die turbulenten, von der italienischen Seite zeitweise boykottierten Friedensverhandlungen in Paris und um den Grenzvertrag von Rapallo vom November 1920 kreisen, ordnet C. die historischen Debatten zunächst in das breite Panorama des letzten Kriegsjahres ein. Sie verfolgt dann die Krise des liberal-monarchischen Italiens und analysiert den enormen Autoritätsverlust der auf dem *Statuto Albertino* von 1848 gründenden Institutionen, um in einem weiteren Schritt die Jugoslawienpolitik des faschistischen Regimes seit 1922 zu untersuchen. Die *Questione adriatica* erhielt ihre besondere Qualität durch das Aufeinandertreffen zweier Irredentismen, von denen jeder mit seinen territorialen Forderungen weit über die Grenzen der konnationalen Siedlungsgebiete hinaus griff. In den betroffenen Ländern löste sie sehr disparate Dynamiken aus: Waren die territorialen Forderungen an den westlichen Nachbarn im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen geeignet, die heterogenen südslawischen „Stämme“ wenigstens eine Zeitlang zusammenzuführen, so trugen die von den Berufsmilitärs tolerierten bis geförderten Kommandoaktionen der Sturmtruppen (*Arditi*) und Legionäre an Italiens unsicherer Ostgrenze entscheidend zum Verfall des liberal-monarchischen Staates bei. Über den Vertrag von Rapallo kam dann ein von weiten Teilen der politischen Klasse (bis hin zu den Faschisten) getragener Kompromiss zustande, der allerdings die angeheizte Stimmung in Frontstädten wie Triest oder Fiume nicht mehr beruhigen konnte. Vom ethno-nationalen Treibhausklima des *Confine orientale* zeugten Morde und Brandanschläge, von denen vor allem der faschistische Überfall auf das slowenische Volksheim in Triest international Bekanntheit erlangte. Das Regime des „Duce“ setzte seinerseits einige Jahre später auf die Einigung mit der jugoslawischen Monarchie und dem Belgrader Establishment, ganz zu Lasten der auf irredentistischen Positionen verharrenden Slowenen und Kroaten. Zugleich ordnete Mussolini die Adriafrage immer mehr dem Erhalt seiner Macht in Rom unter. Hatte er nach Ende des Großen Krieges zunächst regelmäßig seine Verbundenheit mit den Grenzregionen betont, so dauerte es danach viele Jahre, ehe er 1938 Triest wieder einen Besuch abstattete. Er stand bereits ganz im Zeichen der Rassengesetze und des herausziehenden Krieges.

Rolf Wörsdörfer